

# SO sehen wir es

Herausgeberin: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
Nr. 3/96, September 1996 / Erscheint 3-4 x jährlich, Auflage 6'800 Ex.  
Preis: Normal-Abo Fr. 12.- / Unterstützungs-Abo Fr. 25.-  
PC-Kto. 80-43003-3, SO sehen wir es, SP Wädenswil  
Druck: Arbeitszentrum am See, Glessen, Wädenswil

**SP**

Sozialdemokratische Partei

Kultur in Wädenswil

## Flora in neuer Blüte!

*Giacometti bricht alle Rekorde! Aus der ganzen Schweiz und aus dem benachbarten Ausland sind die Besucherinnen und Besucher bereits in Scharen nach Wädenswil gereist, um die Werke Alberto Giacomettis im Kunsthaus Flora zu bewundern. Die Stadtpräsidentin sprach am letzten Wochenende bei der offiziellen Eröffnungsfeier von einem bahnbrechenden Erfolg. Sie betonte, dass dieser Erfolg nur dank der Initiative und dem Einsatz verschiedener Wädenswiler Kunstfreundinnen und -freunde sowie aller ansässigen Künstler/-innen möglich geworden sei. Zum Glück habe man damals, in den 90er Jahren, die zündende Idee gehabt und die Weichen richtig gestellt. - Doch halt, wir haben etwas vorgegriffen! Wir schreiben noch gar nicht das Jahr 2006. Blenden wir zurück...*

1996, zwei Jahre nachdem das Volk einen Abbruch abgelehnt hat, verwittert die schöne Villa Flora immer noch still vor sich hin. Die Bank, der das Juwel gehört, hatte eigentlich damit gerechnet, das Objekt abreißen und an bester Zentrums- und Uferlage eine rentable Ueberbauung realisieren zu können. Die SP hat sich 1994 mittels eines Referendums aber dafür eingesetzt, die geschützte, spätklassizistische Villa nicht aus der Schutzzone zu entlassen - und das Volk hat ihr recht gegeben.

### Vision für Wädenswil

Die SO-Redaktion fühlt sich nun gegenüber der besagten Bank und der Wädenswiler Bevölkerung verpflichtet, Ideen für eine sinnvolle Nutzung des äusserst renovationsbedürftigen Hauses einzubringen. Die Villa Flora ist ein Bijou mitten in einem prächtigen, ruhigen Park; ein Gebäude mit Stil, Ambiance und Ausstrahlung. Sie verfügt über grosse, helle Räume mit wunderbaren Parkettböden und Stukkaturen an den Decken. Drängt sich für ein solches Juwel nicht eine öffentliche Nutzung geradezu auf? Wäre es nicht schön, wenn das Gebäude der Kultur zur Verfügung stehen würde?

Stellen Sie sich vor, Wädenswil hätte ein Kunsthaus! Oder präziser noch: eine Kunstvilla. Da könnten unsere kreativen Wädenswiler Künstlerinnen und Künstler doch

stets einen Teil ihrer Werke ausstellen. Da könnten Sonderausstellungen von lokalen, schweizerischen und ausländischen Kunstschaffenden durchgeführt werden. Das schmucke Waschlöschen stünde für jeweils ein Jahr als Atelier zur Verfügung. Im grosszügigen Park wäre genügend Platz für Skulpturen, Installationen etc. vorhanden.



Wädenswil treibt Kultur-Blüten

### Kulturförderung in der heutigen Zeit?

Ein Kunsthaus in Wädenswil? Toll - erstklassiges Stadtmarketing. Wir sehen jetzt natürlich ein müdes Abwinken. Wer kann sich das in der

heutigen Zeit leisten? Kunst ist doch defizitärer Luxus. Jetzt geht es um tausende von Arbeitsplätzen, um den serbelnden Sozialstaat, um den maroden Wirtschaftsplatz Schweiz. Wir sind uns dieser Situation voll bewusst. Aber: seit jeher wurde die Kunst doch von Vermögenden gesponsert, sie wurde uns von Gönnern sozusagen gegönnt. Davon haben die Geldgeber/-innen natürlich auch etwas (sollen etwas haben!): Sie können Sponsoring-Inserate machen, werden auf Donatoren-Tafeln und Gönnerlisten aufgeführt etc. Zudem könnte der eine oder die andere Kunstbesitzer/-in einige ihrer Schätze aus den Safes heben und in grossartiger Ambiance präsentieren.

### Gemeinsam für die Flora

Konkret könnte das Projekt folgendermassen aussehen: Die Besitzerin überlässt die Villa als Kulturspende zu einem angemessenen Preis der Stadt. Diese renoviert das Gebäude; an den Kosten beteiligen sich auch die Denkmalpflege und allenfalls Donatoren. Die Stadt übernimmt das Patronat über das neugeschaffene Kunsthaus. Gönner - Einzelpersonen, Familien oder Firmen - sponsern die jeweiligen Ausstellungen und Anlässe. Nun, liebe Wädenswiler/-innen mit Flair für Kunst und mit Vermögen, mit Ihrer Hilfe kann die geschilderte Vision wahr werden! Die SO-Redaktion



# NPM - Kritische Kooperation der SP

Der Stadtrat bereitet ein grosses Reformprojekt vor: Er möchte die Gemeindeverwaltung mit Hilfe des New Public Management (NPM) umkrempeln. Unter Einbezug des Parlamentes sollen ab 1998 erste Versuchsprojekte gestartet werden. Verlaufen diese erfolgreich, ist eine flächendeckende Einführung im Jahre 2002 vorgesehen.

NPM ist eine weltweite Reformbewegung, um die Schwachstellen der Staatstätigkeit zu analysieren und wenn möglich zu beseitigen. Diese beobachten wir auch in Wädenswil:

■ Stadtrat und Gemeindeparlament haben zu wenig Zeit, sich der wichtigen Fragen anzunehmen. Die Routinegeschäfte beanspruchen zuviel Raum und Energie.

■ Die heutige Gemeindeorganisation schränkt den Handlungsspielraum der "Profis" in der Stadtverwaltung ein. Häufig fehlt ihnen die Möglichkeit, rasch und flexibel auf die stets neuen Bedürfnisse der vielen "Kunden" reagieren zu können. Wen wundert es, dass wir häufig mit unseren Beamten nicht zufrieden sind.

In den schweizerischen NPM-Projekten haben sich folgende Ziele herauskristallisiert:

## Wichtige Ziele von NPM:

1. Konzentration der politischen Führung (Bürger/-innen, Gemeinderat, Stadtrat) auf das Wesentliche und Entlastung von Nebensächlichem
2. Klare Zielsetzungen und Leistungsaufträge für die Verwaltung
3. Mehr Transparenz bezüglich der Verwaltungstätigkeit und Abbau von Privilegien und Pfründen
4. Bessere Instrumente für die Kontrolle der Verwaltung und die Gestaltung der Staatstätigkeit

Mit dem NPM kann der Verwaltungsapparat überdacht und die Gemeinde neu organisiert werden. Wird dieser Reformansatz konsequent durchgezogen, bleibt kein Stein auf dem andern. Er ist eine Chance, verkrustete Strukturen und Abläufe aufzubrechen und die Staatstätigkeit neu zu gestalten.

Gestützt auf positive Erfahrungen in sozialdemokratisch geführten Gemeinden beteiligt sich die SP Wädenswil an diesem Reformprozess. Sie wird ihn mitgestalten. Aus meiner Sicht sind

dabei folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

■ NPM darf nicht nur auf Entstaatlichung, Marktlogik und Sparen ausgerichtet sein. Es gilt, die Gemeinde so zu organisieren, dass die Bevölkerung vom NPM-Projekt profitiert.

■ Volk und Parlament müssen vermehrt über Grundsatzfragen auf Gemeindeebene entscheiden können.

■ Die eingeleiteten Veränderungen sind transparent darzustellen und die erzielten Ergebnisse schonungslos kritisch zu hinterfragen. Der Lernprozess braucht viel Zeit!

■ Deshalb ist der Kommunikation auf allen Ebenen - Bevölkerung, speziell betroffene Kreise, Parlament, Kommissionen, Mitarbeiter/innen der Verwaltung usw. - grösste Beachtung zu schenken. Das kann die Verwaltung nicht allein bewältigen. Dafür braucht es auch das Engagement der politisch Verantwortlichen.

■ NPM darf kein Schleudersitz für das Personal sein. Der Aus- und Weiterbildung ist deshalb grosse Beachtung zu schenken.

■ Staatliches Handeln muss nicht nur effizient und wirksam, sondern auch gerecht, demokratisch legitimiert und politisch verantwortlich sein. Deshalb lassen sich die Grundsätze für die Führung von Privatbetrieben nur beschränkt auf die Staats- und Verwaltungsführung übertragen.

Rolf Kurath, Präsident SP Wädenswil

## Dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas beitreten?

Seit Jahren ist die schweizerische Europapolitik blockiert. Die Behörden fürchten eine weitere Abstimmungs-niederlage und zögern deshalb. Die bilateralen Verhandlungen dümpeln seit einer halben Ewigkeit vor sich hin und werden das grundsätzliche Problem des Verhältnisses der Schweiz zu Europa nicht lösen. Die letzthin eingereichte Initiative "Ja zu Europa" würde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bringen, braucht aber wohl noch Jahre bis zur Abstimmung.

Nun ist die EU nicht die einzige europäische Organisation. Daneben gibt es zum Beispiel den Europarat. In eher loser Zusammenarbeit in sozialen, rechtlichen und kulturellen Belangen versuchen seine Mitglieder die europäische Einigkeit zu fördern. Vor allem wegen seiner ungenügenden Entscheidungsstrukturen hat der Europarat jedoch nie die Bedeutung der EU erlangt. Durch Bewusstseins-

bildung - durch "Europa von unten" - verleiht er dem europäischen Gedanken trotzdem wertvolle Impulse. Diesem Gedanken dienen auch Gemeindeparterschaften und europaweite Gemeindeorganisationen, wie etwa der "Rat der Gemeinden und Regionen Europas" (RGRE), welcher eng mit dem Europarat zusammenarbeitet. Der RGRE möchte die Idee der europäischen Zusammenarbeit fördern: Einerseits soll im Rahmen der demokratischen, europäischen Städtegemeinschaft die Autonomie der Gemeinden und Regionen gesichert und geschützt werden. Andererseits soll die Zusammenarbeit zwischen diesen gefördert werden. In der Schweiz gehören dem RGRE rund 400 Gemeinden an; im Bezirk Horgen sind dies Adliswil, Rüschlikon und Thalwil. Viele sehen ihre Mitgliedschaft vor allem als Ausdruck ihrer Europa-Freundlichkeit und Weltoffenheit, als Beitrag zu einem geeinten Europa.



Wie denkt wohl Wädenswil darüber? Wollen wir mitmachen, um Europa von unten zu schaffen? Sehen wir uns weltoffen und europafreundlich? Wollen wir engeren Kontakt und Austausch mit Gemeinden auch ausserhalb unserer Umgebung?

Ich beantworte diese Fragen mit "Ja" und habe deshalb am 2. September zusammen mit andern Parlamentarier/innen ein Postulat an den Stadtrat eingereicht. Darin wird dieser aufgefordert, einen Beitritt Wädenswils zum RGRE zu prüfen.

Manuel Angst, Gemeinderat



# Initiative "Stopp dem Shoppingwahn"

Wie den meisten "SO-Leser/-innen bekannt, planen die Grossverteiler Coop, Jumbo und Waro je ein Einkaufszentrum im Neubüel. Bei der Realisierung aller drei Zentren wird von einer Bausumme von 140 Mio. Franken ausgegangen. Nur schon der Bau von zwei Zentren würde eine grössere Verkaufsfläche als diejenige des Seedammcenters ergeben. Dies zeigt eindrücklich, dass die geplanten Zentren schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht nur für die Wädenswiler Bevölkerung gebaut würden. Die auswärtige Kundschaft würde eine massive Verkehrszunahme auf der Hirzelstrasse, der Zugerstrasse ab Dorfzentrum, der Steinacherstrasse, der Autobahn usw. verursachen. Es wird dabei von einer maximalen Verkehrszunahme von 50 % ausgegangen.

Wie konnte es überhaupt zu diesem Gigantismus kommen? Voraussetzung dazu waren erstens die Einzonung des Neubüels und zweitens die Anpassung der Ladenöffnungszeiten. Mit einem faulen Trick versucht die Waro, ihr Zentrum in der öffentlichen Zone zu realisieren, indem gleichzeitig eine zonenkonforme Kunstseilbahn erstellt werden soll.

## Grundlagen der Initiative

Gemäss geltendem Recht besteht keine Möglichkeit, den Zonenplan nach der Baueingabe zu ändern und so die Einkaufszentren zu verhindern. Auch aus raumplaneri-

scher Sicht können keine Vorbehalte gegen zwei der drei Shoppingcenters angebracht werden. Diverse Abklärungen ergaben, dass mit der Umweltverträglichkeitsprüfung nichts verhindert werden kann.

Deshalb sah der Schreibende nur den Weg, den Bau der Einkaufszentren wirtschaftlich uninteressant zu gestalten, indem die Zentren statt bis 21.00 nur bis 18.30 Uhr geöffnet sein dürfen. Da eine Beschränkung der Ladenöffnungszeiten auf das Gebiet Neubüel aus verfassungsrechtlichen Gründen (Handel- und Gewerbefreiheit) nicht möglich ist, bedeutet dies, dass auch im Stadtzentrum wieder die alten Ladenöffnungszeiten zu gelten hätten. Ein Grossteil der Wädenswiler Detaillisten ist sich bewusst, dass sie nicht lange Öffnungszeiten haben und gleichzeitig die Einkaufszentren verhindern können.

## Vorgehen bei der Lancierung der Initiative

Alle im Parlament vertretenen Parteien, die Vereinigung der Wädenswiler Fachgeschäfte sowie der Handwerker- und Gewerbeverein wurden angefragt, ob sie eine Initiative unterstützen würden, welche die Ladenöffnungszeiten wieder verkürzt.

Erfreulicherweise bekundeten die Mitte- und Linksparteien und Teile der Detaillisten ihr Interesse bei der

Unterstützung einer Initiative mitzuwirken. Enttäuschend war die Reaktion der bürgerlichen Parteien. So erachtete es die sogenannte Gewerbeapartei SVP nicht einmal für nötig, auf die Anfrage zu antworten, und die CVP sucht ihr Heil "...in einer kreativen und sinnvollen Einflussnahme für die Stärkung des angestammten Gewerbes...". Man/frau kann gespannt sein...

Da die Ladenschlussverordnung nur dem fakultativen Referendum untersteht, kann eine Aenderung nur über eine Einzelinitiative herbeigeführt werden. Momentan ist deshalb eine Arbeitsgruppe daran, die Initiative zu formulieren. Stimmt ihr der Gemeinderat zu, so gilt - unter Annahme, dass nicht ein Referendum dagegen ergriffen wird - wieder die Ladenöffnungszeiten 18.30 Uhr bzw. 21.00 Uhr am Freitag. Bei Ablehnung durch den Gemeinderat können 15 Ratsmitglieder oder 400 Wädenswiler/-innen mittels eines Referendums innert 20 Tagen eine Volksabstimmung verlangen.

## Wer macht mit?

Für ein allfälliges Referendum braucht es die Unterstützung vieler Unterschriftensammler/-innen. Vor der Abstimmung sollten Leserbriefe geschrieben werden, um das Ziel "Stopp dem Shoppingwahn" zu erreichen. Helfer/-innen melden sich deshalb bitte möglichst rasch bei mir (Tel.Nr. 780 40 76).

Erwin Zehnder



Neue Jobs für das Wädenswiler Gewerbe?



# Verkürzung der Mittelschuldauer: Pro + Kontra

Die Abstimmung über die Verkürzung der Mittelschuldauer ist umstritten. Die SO-Redaktion hat deshalb die beiden SP-Kantonsrätinnen Marlies Voser (Pro) und Julia Gerber Rüegg (Kontra) um ihre Begründungen angefragt.

## Für die Verkürzung

Die SP hat sich immer für eine Mittelschule eingesetzt, welche eine breit gefächerte und anspruchsvolle Allgemeinbildung ermöglicht. Fachidioten sind unerwünscht. Zum Menschen gehört auch die Entfaltung der musischen Talente und seine soziale Eingliederung. Ebenso wichtig scheint mir der Bezug zu naturwissenschaftlichen Fächern, welche das heutige Leben auf eine ganz neue Art prägen. Mit den modernen Techniken wie beispielsweise der Gentechnik, brechen unweigerlich völlig neue Aspekte in unseren Alltag ein.

Es scheint auf den ersten Blick widersprüchlich, ausgerechnet jetzt die Mittelschuldauer zu verkürzen, denn noch nie war das Wissen so gross wie heute. Gleichzeitig haben aber die letzten Jahre gezeigt, dass unser Wissen noch nie so schnell veraltete. Dies zwingt uns zu neuen Lern- und Bildungsinhalten. Nicht mehr Schulstoff an sich steht im Vordergrund, sondern der Erwerb von Fähigkeiten wie selbständiges Lernen, geistige Offenheit, das Erkennen von Zusammenhängen. Genau in diese Richtung zielt die neue Maturität. Unter diesen Voraussetzungen trete ich heute für die Verkürzung der Mittelschuldauer ein. Damit ist wieder der direkte Eintritt in die Hochschule möglich für jene, welche ein Lehr- und Wanderjahr erst später einschalten wollen. Alle andern, welche eine Pause nach der Matura wünschen, können sie nach wie vor einschalten.

Wir sollten bedenken, dass eine lange Ausbildungsdauer die weniger Bemittelten schon immer benachteiligt hat, denn für sie besteht ein Zwang zur raschen wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Dem kommen die Bedingungen der heutigen Arbeitswelt entgegen. Die Bedeutung der Erstausbildung hat sich auch für Hochschulabgänger innert weniger Jahre geändert. Auch ein höherer Bildungsabschluss gibt heute nur den ersten Schritt frei in eine berufliche Laufbahn. Ständige Weiterbildung im umfassenden Sinn muss heute eine Selbstverständlichkeit sein für alle, welche Tätigkeit sie auch ausüben.

*Marlies Voser, Kantonsrätin,  
Männedorf*

## Gegen die Verkürzung

Mehr Effizienz auch in der Schule! Immer schneller soll immer weniger bewältigt werden, damit immer weniger Kosten anfallen. Nicht nur die neuen Unterrichtsformen müssen zugunsten des kostengünstigeren Frontalunterrichts weichen, jetzt soll mit der Aenderung des Unterrichtsgesetzes die Zeit für die Mittelschulbildung um ein halbes Jahr verkürzt werden. Obwohl es vordergründig darum geht, den nahtlosen Anschluss an die Hochschulen zu gewährleisten, handelt es sich um eine Sparvorlage. Die eingesparten Gelder sollen den Berufsmittelschulen und den Fachhochschulen zugute kommen. Für unser Land ist jedoch sowohl die akademische Ausbildung als auch die Berufsbildung von grosser Bedeutung. Die verschiedenen Bildungswege dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ich meine, das ist Spartaktik statt Bildungspolitik!

Das eidgenössische Maturitätsanerkennungsreglement, welches 1998 in Kraft treten wird, verlangt von den Mittelschulen die Ausbildung von Generalisten, welche als reife Persönlichkeiten mit den Herausforderungen unserer Gesellschaft heute und in Zukunft verantwortungsbewusst umzugehen wissen. "Die Schulen fördern gleichzeitig die Intelligenz, die Willenskraft, die Sensibilität in ethischen und musischen Belangen...". Persönliche Reife, Sensibilität in ethischen und musischen Belangen sind keine Werte, die mit Effizienzsteigerung in der Schule erzwungen werden können. Genau die musischen Fächer sowie viele Freifächer, welche für die Entfaltung der jungen Menschen wichtig sind, werden einer Kürzung der Ausbildungszeit zum Opfer fallen. Wenn die Schule ein Ort des geistigen und seelischen Wachstums sein soll und nicht ein Ort der reinen Paukerei, dann reicht es nicht, den Schüler/-innen Räume und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Wir müssen ihnen auch Zeit für den Reifungsprozess zugestehen. Denn Lernen und Begreifen heisst, selber denken, selber erfahren, selber entwickeln und selber erforschen. Dafür brauchen die jungen Menschen Zeit. Geben wir ihnen diese Zeit, sagen wir NEIN zur Aenderung des Unterrichtsgesetzes.

*Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin, Au*

## Unser Gerichtspräsident heisst Thomas Handloser

Am 22. September wird in einer Kampfwahl zwischen einem FDP- und einem SP-Kandidaten der neue Präsident des Bezirksgerichts Horgen gewählt. Der SP-Kandidat Thomas Handloser, 1956, erfüllt aufgrund seiner Amtserfahrung das Anforderungsprofil besser als sein Gegenkandidat. Handloser ist seit 10 Jahren an unserem Bezirksgericht tätig, davon 6 Jahre als Richter und seit 2 1/2 Jahren als Vorsitzender der II. Gerichtsabteilung und Präsident des Mietgerichtes Horgen. Er hat sich in der Führung dieser Kollegialgerichte bewährt und sich den Ruf eines offenen und unabhängigen Richters und Vorgesetzten erworben. Aus diesem Grund empfiehlt die SP zusammen mit andern Parteien und einem breit abgestützten Personenkomitee mit Überzeugung die Wahl von Thomas Handloser. SP Wädenswil



### Volkstimmungen vom 22. Sept. 1996

#### Ersatzwahl des Bezirks- gerichtspräsidenten

Thomas Handloser (SP)

#### Ersatzwahl Bezirksanwaltschaft

Martina Benz (Grüne)

#### Kanton Zürich

Vereinbarung betr. öffentl.  
Beschaffungswesen JA

Vereinbarung betr. Anerkennung  
von Ausbildungsabschlüssen JA

Aufstockung des Natur- und  
Heimatschutzfonds JA

Verkürzung Mittelschuldauer JA

SP Wädenswil, Postfach 552,  
8820 Wädenswil, Tel. 780 86 20

Redaktion dieser Ausgabe:  
Heinz Horn, Hanna Landolt, Beatrice Margna-  
Haldimann, Hansjörg Schmid, Verena  
Schönhölzer  
Adresse: c/o SP, Postfach 552, 8820 Wädenswil  
PC 80-43003-3 \*SO sehen wir es\*